KAV NW
Kommunaler Arbeitgeberverband Nordrhein-Westfalen

P r e s s e i n f o r m a t i o n

Wuppertal, 2. Februar 2026

Warnstreiks im kommunalen öffentlichen Nahverkehr stoßen auf völliges Unverständnis

Unnötige Streiks belasten nachhaltig die landesbezirklichen Verhandlungen im kommunalen Nahverkehr
Bürgerinnen und Bürger werden durch die Eskalationsstrategie von ver.di unnötig in Mitleidenschaft gezogen

Angesichts der erst Ende Januar 2026 begonnenen landesbezirklichen Tarifverhandlungen für den kommunalen Nahverkehr stoßen die aktuellen Streikaktionen der Gewerkschaft zu Lasten der Bürgerinnen und Bürgern auf völliges Unverständnis. Gerade vor dem Hintergrund des bereits im Auftakttermin am 21. Januar 2026 arbeitgeberseitig unterbreiteten Angebots, konkret in Gespräche über einen Zukunftstarifvertrag einzusteigen, anstatt sich in manteltarifvertraglichen Einzelthemen zu verzetteln, stoßen die Streikmaßnahmen der Gewerkschaft auf völliges Unverständnis. Sie spiegeln auch in keinster Weise den Verhandlungsverlauf der Auftakttaktrunde wider, welche regelmäßig dazu dient, die jeweiligen Positionen zu erläutern. Besonders kritisch zu sehen ist dabei, dass die Gewerkschaft ver.di ihre Forderung nach einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit in dem Verhandlungsauftakttermin völlig im Vagen gelassen hat und die Arbeitgeber die Gewerkschaft auffordern mussten, ihre bisher noch völlig offene Forderung zu einer pauschalen Arbeitszeitverkürzung erst einmal zu konkretisieren.

Werth 79
42275 Wuppertal
Telefon: 0202/25513-0
Telefax: 0202/25513-14
e-mail: info@kav-nw.de
www.kav-nw.de

Ver.di informiert eigene Mitglieder nicht über das Arbeitgeberangebot vom 21. Januar 2026 und hat seine eigene Forderung zum Thema „Arbeitszeitverkürzung“ noch völlig offen gelassen.

Die Streikaufrufe der Gewerkschaft ver.di legen nahe, dass diese ihre Mitglieder überhaupt nicht über das Angebot der Arbeitgeber vom 21. Januar 2026 hinsichtlich eines Zukunftstarifvertrages informiert hat. Das hat mit transparenter redlicher Verhandlungsführung wenig zu tun.

Ver.di verschießt die Augen vor der Realität der desolaten Finanzlage der kommunalen Nahverkehrsunternehmen

Mit großer Sorge nehmen die Arbeitgeber zur Kenntnis, dass die Gewerkschaft vor der desolaten Finanzsituation der kommunalen Nahverkehrsträger und ihrer Aufgabenträger, die in dem Auftaktverhandlungstermin ausführlich dargestellt worden ist, vollkommen die Augen verschließt.

„Null“ Wertschätzung der Gewerkschaft für gemeinsam Erreichtes

Die Grundausrichtung der Forderungen von ver.di macht deutlich, dass das für die Beschäftigte in vergangenen Tarifverhandlungen gemeinsam Erreichte „Null“ Wertschätzung erfährt. Der Wegfall der abgesenkten Restrukturierungsentgeltgruppe 5a, die Anhebung der Jahressonderzahlung auf 100 Prozent, Tarifsteigerungen bei der Entgelttabelle von 30 Prozent und vieles mehr, sind bei der Gewerkschaft völlig aus dem Blick geraten.

Keine Verminderung der Produktivität durch pauschale Verkürzungen der Wochenarbeitszeit

Auch wenn die Forderung der Gewerkschaft auf eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit bisher noch völlig unkonkret ist, haben die Arbeitgeber bereits vorsorglich darauf hingewiesen, dass eine weitere Minderung an Produktivität zu einem Abbau von Verkehrsleistungen führen muss und die Idee der Verkehrswende damit ad absurdem geführt wird. Die Chance auf eine Verkehrswende erfordert gerade einen öffentlichen Nahverkehr, der mit einem breiten Streckennetz, dichter und zuverlässiger Taktung sowie bezahlbaren Preisen überzeugt. Die Verkehrswende wird insofern nur mit der Sicherung eines entsprechend attraktiven ÖPNV-Angebots gelingen, verbunden mit dem Erhalt der bereits vorhandenen guten Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten im kommunalen Nahverkehr.

Ver.di setzt von vornherein auf Eskalation statt auf Verhandlungen

Mit den angekündigten Streikaktionen wird deutlich, dass die Gewerkschaft leider von vornherein auf Eskalation setzt, statt auf Verhandlungen. Offensichtlich scheint in der Gewerkschaftsstrategie nicht das Finden einer Verhandlungslösung im Vordergrund zu stehen, sondern das funktionärspolitische Ziel, neue Gewerkschaftsmitglieder mittels einer Eskalation durch Streikaktionen zu gewinnen.

Inwieweit ver.di überhaupt noch auf Verhandlungen setzen oder lediglich auf eine Eskalationsstrategie zum Zweck der Mitgliederwerbung abzielen will, ist für die Arbeitgeber aktuell nicht erkennbar. Dazu der Hauptgeschäftsführer des KAV NW, Bernhard Langenbrinck: *„Die Arbeitgeber gehen trotz der nicht nachvollziehbaren Streikaktionen weiter davon aus, dass der vereinbarte Fortsetzungstermin in den landesbezirklichen Tarifverhandlungen von der Gewerkschaft ver.di wahrgenommen wird“.* Er erwartet weiter*, „dass gewerkschaftsseitig in diesem Termin dann auch die bisher noch völlig offen gelassene Forderung zur Arbeitszeitverkürzung konkretisiert wird“.*

Hinweis:

Der KAV NW mit Sitz in Wuppertal ist der größte der 16 kommunalen Arbeitgeberverbände in der Bundesrepublik Deutschland. Diese haben sich auf Bundesebene zur Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) zusammengeschlossen. Dem KAV NW gehören alle nordrhein-westfälischen Kreise, Städte und Gemeinden sowie weitere rd. 900 kommunale Einrichtungen und Unternehmen (Landschaftsverbände, Flughäfen, Ver- und Entsorgungsbetriebe, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen, Sparkassen sowie Nahverkehrs- und Hafenbetriebe) mit insgesamt ca. 600.000 Beschäftigten an.

Kontakt:

Geschäftsführer Torsten Herbert
Kommunaler Arbeitgeberverband NW
Tel.: 0202 / 25513-26
e-mail: herbert@kav-nw.de